

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementpreis
für ganz Deutschland 1 Mark 60 Pf.
pro Quartal.

Wochen-Abonnement
à 54 Pf.

Senden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 4. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen.

Inserate

Wz. Veranlassungen des Blattpreises 10 Pf.,
Wz. Veranlassungen des Blattpreises 10 Pf.,
Wz. Veranlassungen des Blattpreises 10 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 65.

Mittwoch, 5. Juni.

1878.

Für die heute fällige Nr. erhalten unsere Abonnenten vorl. Agitationsnummer. — Exemplare derselben sind gegen Einzahlung des Betrags, à 100 Expl. M. 1,50, jedes weitere Hundert 1 M., von der Exp. zu beziehen.

Aufforderung!

Wenngleich das Ausnahmegegesetz gegen die Sozialdemokratie Deutschlands die Zustimmung des Reichstags nicht erlangt hat, so sehen wir doch Verfolgungen in noch größerem Umfange als bisher entgegen. Zahlreiche brave Parteigenossen befinden sich schon im Kerker, hunderte von Anklagen sind in jüngster Zeit erhoben worden, Vereine werden polizeilich geschlossen, Versammlungen aufgelöst aus gänzlich unersindlichen Gründen, Arbeiterfeste werden ohne weiteres verboten. Die Staatsregierung und die liberale Bourgeoisie haben sich die Hände gereicht im Kampfe gegen uns, gegen das arbeitende Volk. Gegen ein solches Bündniß müssen die Arbeiter, müssen alle Freunde der Sozialdemokratie, der Freiheit und des Rechts vereint zusammenstehen.

Opfer, große Opfer kostet unserer Partei die Bertheidigung gegen die andrängende Reaktion; Opfer kostet der Kampf, der Angriffskampf gegen dieselbe — deshalb muß jeder Parteigenosse, der irgendwie noch dazu die Mittel besitzt, für den Agitationsfond, für den Wahlfond und vorzugsweise für den Unterstützungsfond, durch welchen das Loos unserer Freunde, die im Kerker sich befinden und das Loos der Familien derselben gelindert werden soll, sein Scherlein beitragen.

Die Pflicht ruft, der ehrliche Mann muß diesem Rufe folgen.

Beiträge sind zu senden an August Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12.

Ein Kapitel über Agitation.

Nichts ist so sehr dem Wandel unterworfen wie die Agitation. Sie, die der Festigkeit der überkommenen Dinge auf den Bahn zu fühlen hat, darf nie in Berlegenheit sein, wenn es gilt, die hartig gewordenen Waffen wieder zu wehen oder durch neue, von den alten verschiedene zu ersetzen. Würde die Agitation nach anderen Grundfahnen geleitet werden, so hieße das jenem Arzte gleichen wollen, der für jede Krankheit, sie mochte heißen wie sie wollte, stets nur dasselbe Rezept hatte.

Und nun erst die sozialistische Agitation — sie hat sich mit all ihren Fragen zu befassen, welche auf die brennendste der Tagesfragen, die soziale Frage, Bezug haben, folglich muß sie anknüpfen an eine Menge von Erscheinungen und Thatsachen, die keineswegs eines Charakters, trotzdem aber sämtlich Mittel zur Hemmung oder Förderung des Sozialismus sind. Das Gebiet dieser Agitation ist ungeheuer groß, Staat und Gemeinde, Produktion und Consumption, Familienglück und Gesellschaftswohl, sie alle gehören dazu. Kein Wunder daher, daß diese Agitation in den letzten zehn Jahren riesige Ausdehnung gewonnen hat — der ganze Mensch, in seiner bisherigen Gleichgültigkeit eine Stütze der vorhandenen Uebel, wurde von ihr in Anspruch genommen, sein materielles und geistiges Leben in neue Bahnen gelenkt. Aus dem Dulder wurde ein Reformator, aus dem Gleichgültigen ein Kämpfer wider das Vorrecht, ein Agitator für soziale und politische Gleichberechtigung.

Selbstverständlich ruft eine jede Agitation die Gegenbewegung hervor, und gerade hierdurch wird ihr nicht selten ein unerwarteter Stempel aufgedrückt. Bekannt ist, daß bis auf diesen Tag, ja heute mehr als sonst, die staatlichen Organe der sozialistischen Agitation gegenüber die „Abwehr“ übernommen haben. Arbeitervereine wurden und werden aufgelöst, bezüglichen Versammlungen, neue Vereine werden als Fortsetzung der aufgelösten verboten, Redner und Einberufer werden gezwungen und gezwacht, Strafen aller Art ihnen zuerkannt, was alles um so leichter ist, als meistens weniger in Ansehung des „Verbrechens“ denn des „Verbrechens“ geurtheilt wird. „Der Jude wird verbrannt“ — der Sozialdemokrat wird verhaßt, das ist der Ruf, welcher uns aus allen Winkeln Deutschlands entgegenhallt.

Darf uns dieser Ruf in unserem Gleichmuth und Eifer betören? Nimmermehr! Kaltes Blut, das ist das vornehmste Gut in der Agitation.

Schon vor zwei Jahren wurde die eigentliche Parteiorganisation in Preußen aufgelöst — allerdings ist dieser Akt staatsanwaltschaftlichen Charakters nach Jahresfrist von dem Gericht zweiter und dritter Instanz nicht aufgehoben worden. Auch in Bayern wurde der Parteiorganisation der Prozeß gemacht. Was war die Antwort der Sozialdemokratie, die Antwort, bevor noch die höchsten Gerichte geurtheilt hatten? Doch immerhin auf; die Partei, in Fleiß und Blut des arbeitenden Volkes übergegangen, bedarf der auf das Vereinsgesetz gestützten centralistischen Organisation nicht mehr, sie hat in der Agitation etwas gelernt, sie hat den Gedanken des Centralismus in neue Formen gegossen, nicht weil die Noth erfinderisch macht, sondern weil sie in den neuen Formen selbst einen Fortschritt sieht.

Und worin besteht dieser Fortschritt? Blickt hin auf die literarischen Erzeugnisse der Partei, dort wird Euch Antwort.

Nicht nur ein statisches Centralorgan hat die Partei, sondern auch eine Menge Lokalblätter, theilweise mit sehr großen Auflagen, ferner ein weitverbreitetes Unterhaltungsblatt „Die Neue Welt“ und endlich eine wissenschaftliche Revue „Die Zukunft“, welche alle den Idealen und Rechten des arbeitenden Volkes tapfere Vorkämpfer sind. Unter diesen Zeitungen und Zeitschriften hat die Partei eine Brochüren-Literatur, welche bei andern Parteien ihres Gleichen sucht. Die sozialistische Agitation spiegelt sich hier in allen Einzelheiten ab: politische, wirtschaftliche, philosophische, religiöse und geschichtliche Erörterungen streiten mit einander um den Vorrang, sind alle angefüllt, um der Sache des Volkes durch die Aufklärung des Volkes zu dienen.

Die Agitation durch die Schrift hat jene durch das Wort bedeutend gefördert. Je tiefer die Arbeiterbewegung in die Volksmassen eindringt, desto mehr Ansprüche stellt sie an den mündlichen Agitator. Er mußte sein Wissen erweitern und nicht nur er allein, sondern alle die in der Familie oder in der Werkstatt Genossen werden wollten. Unsere Literatur war hier der beste Helfer, und kein Zweifel, sie kann noch viel mehr leisten, sobald sie allerorts auf den Schild erhoben wird, sobald jeder Parteigenosse es sich zur Pflicht macht, mindestens eine Parteizeitung zu lesen, insbesondere aber — wenn auch nur mit zwei, drei Genossen zusammen — das Centralorgan der Partei, den „Vorwärts“ zu halten. Kein wichtiger Vorgang bezüglich der Partei wird ihm dann fremd bleiben, keine neue Schrift ihm entgehen können, er wird sich mehr als einfach zur Partei gehörig, weil mitten in ihr lebend und wirkend, fühlen.

Das alles ist notwendig in diesen Tagen, damit es nicht ganz finster werde. Ohnehin droht uns politische Nacht. Die Reaktion hängt sich dem Attentat eines Mörders an die Rockschöpfe, um desto lauter gegen die Sozialdemokratie rufen zu können: „Schafft mir diese Partei aus den Augen!“ Weil der Kaiser-Attentäter Lehmann früher in sozialistischen Versammlungen war, deswegen soll es unserer Partei, die jeden Mord prinzipiell verabscheut, an den Krügen gehen, einer Partei, welche den Lehmann längst vor dem Attentat wegen Unredlichkeit und wegen gemeiner Verleumdung, letztere von Lehmann im Bunde mit national-liberalen Führern zu Leipzig begangen, öffentlich gebrandmarkt und ausgeschloffen hatte! Doch gerade auf Grund unserer Agitation wissen wir, daß System in der Reaktion ist. Der Schlüssel zu der modernen Hejrag auf die Sozialdemokratie liegt zum Theil in der Vergangenheit unserer Gegner, zum Theil in deren Furcht vor dem eigenen Bankrott. Jede Errungenschaft der Sozialdemokratie steigerte diese Furcht und so kam es, daß nach dem 11. Mai eine allgemeine Heulmeierei gegen den Sozialismus tobte. Aber auch diese Denunziationswuth mußte bankrott machen. Die Verhandlungen des Reichstags sind Beweise dafür. Eine Regierungsvorlage, die das Unrecht geleistet, eine ganze Partei, deren Anhänger in Deutschland mindestens eine Million stark ist, unter ein Ausnahmegegesetz zu stellen, wurde mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt. Damit war die Ausräumung, welche vom Ministerium gegen uns ausging, zerfallen.

In England wäre das Ministerium nach solcher Niederlage gegangen, in Deutschland bleibt es. Natürlich wirkt dies auf unsere Agitation gewaltig ein, denn nun soll bis zur „Grenze des Möglichen“, weil das „Unmögliche“ nicht erreicht wurde, gegen uns vorgegangen werden. Und wo liegt die „Grenze des Möglichen“? Da, wo jedes Vereinsleben erdrückt ist, wo die Versammlungen aus „tristigen“ und noch schlechteren Gründen verboten werden. Das ist viel, aber noch nicht Alles. Zur „Grenze des Möglichen“ gehört auch die Einschränkung des allgemeinen und direkten Wahlrechtes, wozu die liberalen Bourgeois schon im voraus Beifall klatschen.

Wenn wir zu allem schwiegen, zu letzterem dürfen wir es niemals. Ein solches Attentat auf den Gipfel der politischen Gleichberechtigung hieße das Tischtuch zwischen Besitzenden und Besitzlosen völlig zer schneiden, hieße eine Revolution selbst gegen die Verfassung des Reichs. Wer hier den Anfang macht, der möge auch die Folgen verantworten! Doch wir wollen uns nicht erziehen — kaltes Blut, das ist die Lösung. Freich an's Werk der Wahlkreisorganisation gehend, agitieren wir heute schon für zukünftige Wahlsiege!

Aber auch hiermit ist unsere Agitation noch nicht erschöpft. Wir gründen Kassen, wo es nöthig und förderlich ist, für Kranken- und Sterbefälle, beseelt von dem Gedanken, daß jede neue Form der Organisation neue Lebenslust in die Agitation bringen muß. Sollte das Hilfskassengesetz nicht auch für uns da sein? Unruhe Frage, ist es doch vielleicht in nicht ferner Zeit die Brücke zu einer Centralisation, welche an Bedeutung manche vorhandene bald überholen dürfte.

Ja, nichts ist so sehr dem Wandel unterworfen wie die Agitation. Doch der Born derselben ist unerschöpflich, somit kann jeder Wandel ohne Gefahr der Selbsttödtung erfolgen. Er muß sogar erfolgen, wenn die Agitation nicht erstarren oder von außen getödtet werden soll. Daher, Parteigenossen, was auch kommen und was sich auch fänden gegen uns verschwören möge, bleibt unerschrocken, bleibt ruhig und kaltblütig. Eine allezeit würdige und ruhige Haltung der Partei schließt eine feurige und nachhaltige Agitation nicht aus. Die Gluth der Begeisterung ist da am stärksten, wo die wenigsten Klammern klackern, die Hingabe für die Prinzipien der Sozialdemokratie ist da die opferfreudigste, wo die schwersten Schläge parirt werden müssen! A. G.

Unsere Prinzipien.

Der Haß ist blind, sagt das Sprichwort. Er sieht nicht die Thatsachen, nicht die Personen, sondern macht sich eine willkür-

liche Vorstellung von ihnen, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmt, häufig im direktesten Gegensatz zu ihr steht. Wie hat nicht der Haß die Bilder weltgeschichtlicher Persönlichkeiten, den Charakter weltgeschichtlicher Handlungen entstellt — aus den edelsten Menschen Schensale, aus den edelsten Handlungen und Thaten monströse Verbrechen gemacht? Die beste Sache wird verkleumdet, das Erhabenste in den Staub gezogen. Der Vater des Hasses ist in den meisten Fällen das Interesse, welches sich bedroht fühlt oder wenigstens bedroht glaubt. Darum sind es zu allen Zeiten die „Neuerer“, die Männer der neuen Ideen gewesen, welche der blinde Haß verfolgte, steinigte, verbrannte, kreuzigte, unter Bergen von Verleumdungen begrub.

Die sozialdemokratische Bewegung konnte diesem Geschick nicht entgehen. Sie verlegt zu viele Interessen, um nicht der Gegenstand gläubender, blinden Hasses sein zu müssen. Die Interessen, welche sie verlegt, sind freilich nicht die Interessen der Gesamtheit, sondern nur die einer winzigen Minderheit, allein diese Minderheit hat alle Machtmittel in Händen und übt dadurch nicht bloß materiell, sondern auch moralisch einen Einfluß aus, der ihr, so lange er dauert, die Herrschaft in Staat und Gesellschaft sichert. Dank ihrer wohlorganisirten Presse, Dank der von ihr eingerichteten Schule und Kirche, Dank der in ihre Dienste gepresten Kunst und Wissenschaft — hält sie die Massen des Volkes in geistiger Knechtschaft; und so ist es ihr denn möglich, eine Partei, die sie fürchtet und haßt, für die Massen des Volkes zu einem Schreckgespenst zu machen, und Furcht und Haß da zu erwecken, wo bei richtiger Beurtheilung Liebe und Sympathie zur Geltung gelangen müßten.

Wir Sozialdemokraten erfahren dies im vollsten Maße. Das falsche, abscheulich häßliche Bild, welches der Haß unserer eigentlichen Feinde, das heißt derjenigen, welche ein wirkliches oder vermeintliches Interesse haben, uns zu bekämpfen, von der Sozialdemokratie entworfen hat, wird leider von Millionen für richtig betrachtet, die, konnten sie uns, auf unserer Seite stehen würden.

Aus dieser einfachen Thatsache ersieht man, von welcher hoher Wichtigkeit es für uns ist, daß Wahrheit über uns, unsere Prinzipien und Bestrebungen verbreitet werde. Das ist die Aufgabe der Propaganda, von deren Erfolg der Erfolg unserer Partei abhängt. Der Tag ist der Tag unseres Sieges, an welchem die Wahrheit des Volkes weiß, was Sozialdemokratie ist.

Und was ist Sozialdemokratie? Wer nicht in blindem Hass befangen ist und die Augen nicht gegen die Wahrheit verschließt, hat keine Schwierigkeit, Antwort auf die Frage zu bekommen. Die Sozialdemokratie sieht mit offenem Blicke, wie giebt sich so wie sie ist, sagt frank und frei, was sie will.

Man lese nur unser Programm, lese es mit Aufmerksamkeit und Verstand, — und man hat die Antwort.

Doch, da hören wir Gegner rufen:

„Glaubt diesen „rothen Jesuiten“ nicht, ihr Programm ist bloß ein Aushängeschild, alle diese schönen Redensarten von Hochmenschlichkeit, Humanität sind bloß Lockspeisen, um die Menge zu ködern; sind bloß der Sirenenfang, durch welchen man die Leichtgläubigen verführen will, um sie dann grausam zu mißbrauchen und zu opfern. Das Scheinziel der Sozialdemokraten ist unentgeltlich recht anzuehen, aber das wirkliche Ziel, das Geheimziel, mit welchem sie hinter dem Berg halten, ist das denkbar Gräßlichste: ist allgemeine Theilerei, allgemeiner Umsturz, Mord, Tobtschlag, Revolution.“

Nun, die greulichsten Absichten, die man uns da unterschiebt, sind zu unsinnig für eine ernsthafte Widerlegung. Das Geringsste, was die Sozialdemokraten von ihren Gegnern verlangen können, ist: daß man sie für Menschen hält, und welcher Mensch mit seinen 5 Sinnen kann so aberwitzig, unmenschliche, widernatürliche Ziele verfolgen? Es hat zu allen Zeiten Verbrecher gegeben, allein noch niemals hat es eine Partei von Verbrechern gegeben. Und das wären wir, wenn wir dem Portrait gleichen, das unsere Gegner von uns gezeichnet. Das und noch etwas mehr: eine Partei von Fbioten!

Doch sehen wir ab von solch tollen Beschuldigungen und betrachten wir den Kern des Einwands? Wir haben ein anderes Ziel als das, welches wir dem Publikum zeigen. Zeigten wir jenes andere, unser eigentliches Ziel, so würden wir die Massen zurückstoßen, welche wir jetzt durch lügenhafte Vorspiegelungen an uns ziehen.“

Werken unsere Gegner denn nicht, daß sie eine — ungeheure Dummheit sagen? Also: wir rücken mit unserem wahren Programm nicht hervor, weil es das Volk abstoßen würde.

Wie zum Katakomen kommen wir aber zu einem so abstoßenden Programm? Was kann es uns nützen? Was können wir von ihm erwarten? Wird es seine abstoßende Kraft verlieren?

Man glaubt, so scheint es, wir hätten den teuflischen Plan, durch unser lügenhaftes, verführerisches Scheinprogramm Millionen an uns zu fesseln, sie, ohne daß sie es merken, perfid „an den Fuß der Barrikaden“ zu locken, und dann, wenn das Häuslein der Eingeweihten Alles vorbereitet hat, plötzlich das Geheimprogramm aus der Tasche zu nehmen, und zu dessen Verwirklichung zu schreiten.

Ganz gut — bloß Eines haben die pfiffigen Gegner dabei nicht berechnet: die abstoßende Kraft des Geheimprogramms. — Finden die durch unser Scheinprogramm Verführten, daß wir nur ein elendes Spiel mit ihnen getrieben, sie insam beschwindelt und mißbraucht haben, so würden sie, sobald sie durch Penetration des famosen Geheimprogramms über unsere wahre Natur aufgeklärt sind, uns — am Fuße der Barrikaden — unzweifelhaft

den Rücken wenden, und zwar voraussichtlich nach höchst energischen Aeußerungen des Mißfallens.

Und das von Rechtswegen. Genau von diesen Aehnlichkeiten. Wer unsere Prinzipien und Bestrebungen kennen lernen will, der unterrichte sich nicht bei unseren Gegnern, der befrage die Sozialdemokratie selbst in ihren Reden und Handlungen, in ihren Schriften, in ihren Zeitungen, in ihrem Programm. Vor Allem in unserem Programm, das, von den Vertretern der Gesamtpartei ausgearbeitet, trotz mancher Mängel, die jedem Versuch der Feststellung von Prinzipien anhaften, doch in engem Rahmen vollständigen Aufschluß über unsere Prinzipien und Bestrebungen giebt.

Wer dieses Programm mit vorurtheilslosen Blicken liest, es mit Aufmerksamkeit und Verstand liest, weiß was wir wollen, und wird nicht verdammen können, was wir wollen.

Nehmen wir zuerst den ersten, allgemeinen Theil des Programms:

1. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinsamer Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Waffe sind.

In vorstehenden Sätzen werden nicht vage Behauptungen ausgesprochen, sondern Wahrheiten, welche durch die Wissenschaft festgesetzt sind.

Das „die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums“ ist, hat schon vor 100 Jahren Adam Smith in seinem bahnbrechenden klassischen Werk: „Ueber den Reichtum der Nationen“ nachgewiesen; und daß von der „Kultur“, das heißt von der Summe aller der Fortschritte, welche das Menschengeschlecht in hunderten-jährigen Ringen sich gesichert hat und welche uns bei stetigem Fortringen ein immer menschenwürdigeres Dasein ermöglichen, das Glück gibt, wie von dem Reichtum, der genau genommen nur ein Theil der „Kultur“ ist, — das bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung.

Und ist die Arbeit etwa außerhalb der Gesellschaft denkbar? Kann man sich Arbeit denken, die nicht gesellschaftlich verrichtet wird? Ist nicht jeder Arbeiter, auch der, welcher die einfachste Arbeit verrichtet, auf die Arbeit anderer Arbeiter angewiesen? Sind die Werkzeuge, mit welchen gearbeitet wird, und wären es die einfachsten, primitivsten Werkzeuge, denkbar ohne die „Kultur“, innerhalb deren wir stehen, ohne die Arbeit unserer Mitmenschen, ohne die Arbeit, die Erfahrungen der früheren Generationen? Man stelle sich einen physisch normal entwickelten Menschen vor — vorausgesetzt, daß ohne „Kultur“ ein solcher denkbar wäre —: einen Menschen, der keine Werkzeuge, keine Unterstüßung, keine erworbenen Kenntnisse hat — würde dieser Mensch arbeiten können? Nein. Ohne Gesellschaft keine Arbeit, außerhalb der Gesellschaft keine Arbeit.

Während nun auf der einen Seite wissenschaftlich der Beweis erbracht ist, daß die Arbeit „die Quelle alles Reichtums“ ist, auf der anderen Seite die Thatsache statistisch festgestellt und wissenschaftlich anerkannt worden — u. A. von dem berühmten Bourgeoisökonom John Stuart Mill —, daß die Arbeit, welche allen Reichtum schafft, den Reichtum nicht genießt, nicht Eigenthümerin des von ihr geschaffenen Reichtums ist, der, zum größten Theil, in die Taschen nicht arbeitender, oder doch nicht nützlich arbeitender Individuen fließt.

Aus diesen Prämissen (Vordersätzen) ergibt sich der Rest von selbst. Die Sozialdemokratie will der Ungerechtigkeit in der Vertheilung des Reichtums (der durch die Arbeit erzeugten Güter) steuern, eine gerechte Vertheilung der Güter, beruhend auf vernünftiger Organisation der Arbeit, herbeiführen, und der Arbeit zu ihrem Recht, dem Arbeiter zu seinem Eigenthum verhelfen.

Das Programm fährt fort:

II. Von diesen Grundfäden ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Verbreitung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktionsgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

- 1) Allgemeines gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder ein Feiertag sein.
- 2) Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
- 3) Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
- 4) Abschaffung aller Ausnahme Gesetze, namentlich der Press-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
- 5) Rechtssprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
- 6) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

- 1) Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
- 2) Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt der bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
- 3) Unbeschränktes Coalitionsrecht.
- 4) Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitslag. Verbot der Sonntagsarbeit.
- 5) Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
- 6) Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
- 7) Regelung der Gefängnisarbeit.
- 8) Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfe- und Unterstützungskassen.

Dies ist das Programm der vielgeschmähten, vielverläumderten Sozialdemokratie.

Klar, logisch, ist es ebenso radikal und umfassend als praktisch und gemäßigt in seinen Forderungen. Ja: praktisch und gemäßigt. Kann der Vorwurf, wir planten den „allgemeinen gewalttätigen Umsturz“, schlagender widerlegt werden als durch unser Programm? Ist eine Revolution, wir meinen eine gewalttätige, blutige Umwälzung möglich in einem Staat, welcher ein gutes Volkserziehungssystem hat, durch Befriedigung der gerechten Bedürfnisse des Volks der Unzufriedenheit vorbeugt, und durch friedliche Einrichtungen jeder Meinung die Möglichkeit des Ausdrucks, jedem Streben die Möglichkeit der Verwirklichung gewährleistet? Gibt es überhaupt eine andere Versicherung gegen die von unseren Gegnern gefürchtete und mit Recht gefürchtete gewalttätige Revolution, eine andere Bürgschaft für die von unseren Gegnern so heiß ersehnte, mit Recht heiß ersehnte friedliche Reform? Sind nicht die meisten Forderungen, die oben aufgezählt werden, und durch ihre Verständlichkeit, wo nicht Selbstverständlichkeit eine eingehende Erläuterung überflüssig machen, bereits in fortschrittlichen Ländern verwirklicht, und zum übrigen Theil von aufgeklärten Politikern und Menschenfreunden längst befürwortet worden? Sind die meisten Punkte nicht, sozusagen, geistiges Gemeingut Aller Derer, die das Wohl ihrer Mitmenschen erstreben?

Die Sozialdemokratie hat kein Programm erfunden, ebensowenig, wie sie sich anmaßt, eine Wissenschaft erfunden zu haben. Sie hat nur gewisse unumstößliche Sätze, die von der Wissenschaft festgesetzt worden sind, zur Grundlage eines sozialpolitischen Programms zusammengestellt und demselben alle diejenigen, von ehrlichen Vorläufern des Volks aufgestellten Forderungen einverleibt, deren Verwirklichung uns dem Ziele zuführt:

einer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verhindert und, bei freier genossenschaftlicher Arbeit und vernünftiger und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages, jedem einzelnen Menschen das höchstmögliche Maß von Bildung und Glück gewährleistet.

Wer, der es gut meint mit seinen Mitmenschen und mit sich selbst, kann dieses Ziel tadelnswerth finden? Muß er nicht vielmehr uns recht geben?

Wohlan, er schließe sich uns an.

Wer aber uns andere Bestrebungen zuschreibt, der kennt uns nicht oder ist ein Verleumder.

Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie.

Das neue deutsche Reich kann keine ehrliche, offene Kritik vertragen, weil es auf allzujünglichen Füßen steht, weil seine Entstehung höchst eigenthümlicher Art gewesen ist und besonders aber, weil es seinen Reichsbürgern ungemein große Pflichten in jeder Beziehung auferlegt und ihnen nur äußerst geringe Rechte einräumt; es kann ferner keine Kritik vertragen, weil die erstickten Willkürden verschwunden sind, weil die Steuern alljährlich steigen, die Volkswohlfahrt aber in demselben Verhältnis schwindet.

Um nun die unliebsame ehrliche Kritik aus der Welt zu schaffen, sollen Mund- und Pressknebel von der bedenklichsten Stärke eingeführt werden. Darüber brütet die Reichsregierung schon seit mehreren Jahren.

Im Jahre 1876 glaubte sie den richtigen Gedanken gefunden zu haben: das Reichsstrafgesetzbuch sollte verschärft werden und zwar die Paragraphen 130 und 131 derart, daß Niemand mehr von den bestehenden Gesellschafts- und Staatseinrichtungen reden dürfte, ohne einer schweren Gefängnisstrafe zu verfallen. Die Verschärfung des Paragraphen 130 galt lediglich den Sozialisten, also denen, welche mit den heutigen Gesellschaftsrichtungen nicht zufrieden sind und sie deshalb bekämpfen. Die Verschärfung des Paragraphen 131 aber traf mehr oder weniger alle Parteien, selbst diejenigen, welche mit einer oder der anderen Staatseinrichtung nicht zufrieden sind und an derselben eine, wenn auch noch so zähe Kritik ausüben.

Daß unter solchen Umständen die geplante Verschärfung des Strafgesetzes in diesen Punkten eine allseitige Ablehnung fand, war vorauszusehen, galt es doch besonders seitens der liberalen Parteien sich ihrer eigenen Haut zu wehren. Fürst Bismarck, der selbst energisch für die Annahme der Paragraphen gestritten und die Sozialdemokratie dabei in gerader Weise unehrerlicher Weise angegriffen hatte, zog sich mißmüthig in sein geliebtes Pommernland zurück.

Doch wurde ihm die Kritik, die an seiner „Schöpfung“, an dem neuen deutschen Reich geübt wurde, immer unerträglich; dabei stand dämmernd im Hintergrunde das Reichsdefizit trotz des Milliardensegens.

Neue Steuern — Steuerreform! — lautete nun die ministerielle Parole. Bei der täglich wachsenden Verarmung des deutschen Volkes war eine solche Parole durchaus nicht unverfänglich, und auch sie mußte die herbe Kritik erfahren, nicht nur durch die Sozialdemokraten, sondern auch durch die Liberalen, welche hinter der geplanten Steuerreform den Schutz und das Monopol lauern sahen.

Wiederum war das System Bismarck rathlos. Da kam demselben ein neuer, genialer Gedanke: „Die Kritiker müssen keine Mißthulbigen werden — die Liberalen müssen mit in dein Ministerium!“ Der Gedanke war gut, doch die Ausführung war schwer — und man schreibt das Scheitern dieses Planes mehr den persönlichen Eigenthümlichkeiten Bismarck's zu, denen seine Untergebenen ausgeliefert sind, als der Prinzipientreue der Nationalliberalen, die ja im Allgemeinen bis jetzt nur eine äußerst geringe Höhe jemals erreicht hat.

Also wieder einmal rathlos. Die Erhöhung der Tabaksteuer wurde im Reichstage abgelehnt, gleichfalls die Tabaksteuer,

soweit sie einem künftigen Monopol die Wege zu ebnen bestimmt war. Also nochmals rathlos.

Da paßte Unter den Linden in Berlin das rettende Schußchen — denn einen Schuß kann ein ehrlicher Mann doch kaum das ganze Experiment nennen, da selbst der Kaiser und die Großherzogin von Baden nach Aussage der Letzteren den Knall kaum gehört haben. Also das rettende Schußchen hatte gepaßt — die scharfen Ohren des Herrn von Bismarck aber hatten es in Friedrichsruh vernommen. Sofort ein Telegramm nach Berlin: „Maßregeln gegen die Sozialdemokratie!“

Das war ein genialer Gedanke. Jetzt werden die Liberalen vor die Alternative gestellt, entweder sich freibeitlich zu zeigen (dann verlieren sie im Volke das Ansehen), oder sich reichsfeindlich, königsfeindlich zu zeigen, dann erhält man durch allerlei Maßregeln eine conservative Majorität im Reichstage und im preussischen Landtage und aus dieser die Steuerreform, das Monopol, die Reichseisenbahnen, die Anebelung der gesamten öffentlichen Meinung — das neue deutsche Reich hat dann Geld und Ruhe.

Daß das Volk aber noch mehr leiden, daß die Ruhe die des Kirchhofs sein würde, daran hat der Reichskanzler keinesfalls gedacht.

Das Telegramm aus Friedrichsruh fand guten Boden; der neue Minister des Innern, Graf Bodo Eulenburg, der Sohn des Reichstagsabgeordneten Eulenburg, der im Jahre 1876 einzig und allein für die Verschärfung der §§ 130 und 131 im Reichstage gestimmt hatte, laetete aus dem kurzen Telegramm eine monströse Vorlage, die an den Bundesrath gelangte und in welcher auch die 1876 abgelehnte Verschärfung der §§ 130 und 131 im Paragraphen 6 einen entsprechenden Ausdruck fand.

Diese geniale Leistung der Herren Bismarck, Eulenburg und Friedberg (Unterschaatssekretär im Justizministerium) lautet wie folgt:

§ 1. Druckschriften und Vereine, welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen, können von dem Bundesrath verboten werden. Das Verbot ist öffentlich bekannt zu machen und dem Reichstag sofort, oder wenn derselbe nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen. Der Reichstag kann die Aufhebung des Verbotes beschließen. § 2. Die Verbreitung von Druckschriften an öffentlichen Orten, auf Straßen und auf öffentlichen Plätzen kann von der Ortspolizeibehörde vorläufig verboten werden, wenn die Druckschriften Ziele der in § 1 bezeichneten Art verfolgen. Das Verbot erlischt, wenn nicht innerhalb vier Wochen die Druckschrift vom Bundesrath auf Grund des § 1 verboten wird. § 3. Eine Versammlung kann von der Ortspolizeibehörde verboten oder nach ihrem Beginn von dem Vertreter der Ortspolizeibehörde aufgelöst werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Versammlung Ziele der in § 1 bezeichneten Art dient. § 4. Wer einem nach § 1 oder § 2 erlassenen Verbote zuwider eine Druckschrift verbreitet wird mit Gefängnis bestraft. Die Beschlagnahme der Druckschrift kann ohne richterliche Anordnung erfolgen (§ 23 ff. des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874). § 5. Die Theilnahme an einem nach § 1 verbotenen Vereine oder an einer nach § 3 verbotenen Versammlung wird mit Gefängnis bestraft. Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher sich nicht sofort entfernt, sobald die Auflösung einer Versammlung auf Grund des § 3 erfolgt ist. Gegen die Vorsteher des Vereines, sowie gegen die Unternehmer und Leiter der Versammlung und gegen Denjenigen, welcher zu einer verbotenen Versammlung das Lokal hergibt, ist auf Gefängnis nicht unter drei Monaten zu erkennen. § 6. Wer öffentlich durch Rede oder Schrift es unternimmt, in Verfolgung der in § 1 bezeichneten Ziele die bestehende sittliche oder rechtliche Ordnung zu untergraben, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. § 7. Dieses Gesetz gilt nur für den Zeitraum von drei Jahren. Die §§ 1 bis 5 treten sofort in Kraft.

Diese Vorlage war selbst dem Bundesrath zu scharf; nach zweitägiger langer Beratung beschloß man, das Gesetz ohne den Paragraphen 6 dem Reichstag zu unterbreiten. Gegen die ganze Vorlage stimmten das Großherzogthum Hessen und die freien Städte Bremen und Hamburg.

Mit der Ueberschrift: Gesetzentwurf gegen Ausschreitungen der Sozialdemokratie, gelangte die ungeheuerliche Vorlage den 20. Mai an den Reichstag; die Mitglieder desselben erhielten sie Dienstag, den 21. Mai.

Allgemein war man auf die Reden gespannt, die bei Berathung dieses Entwurfs im Reichstage das Licht der Welt erblicken würden. Man glaubte, daß besonders die sozialdemokratischen Abgeordneten einige fulminante Reden halten wollten. So nahte der 23. Mai, der Tag der Entscheidung, heran; die Reichstagskammer waren kaum jemals so zahlreich besetzt, die Tribünen überfüllt. Man erwartete nun zuerst die Antrittsrede des neuen preussischen Ministers, Grafen Eulenburg, des Veters des früheren Ministers Eulenburg, dem man eine bedeutende Rednergabe zugesprochen und der auch einen großen Antheil an der Vaterchaft des Attentatgesetzentwurfs hatte.

Doch sollte eine große Enttäuschung folgen. Anstatt des Herrn von Eulenburg trat zuerst der allbekannte Präsident des Reichskanzleramtes Minister Hofmann für den Gesetzentwurf in die Schranken. Der Redner sprach von den maßlosen Ausschreitungen der Sozialdemokratie, von dem Attentat, welches die Sozialdemokratie wohl eigentlich nicht verschuldet habe, das aber eine sehr günstige Gelegenheit biete, mit reaktionären Vorschlägen an die gesetzgebenden Versammlungen heranzutreten; dann betonte er, daß das Gesetz allein allerdings nicht die Ausschreitungen der Sozialdemokratie zu verhindern vermöge, daß vielmehr die bürgerlichen Parteien und vor allen Dingen die Kirche berufen seien, mitzubekämpfen. Ein reaktionäres Ausnahmegesetz, ein geschlossenes Aufreten des liberalen Bürgerthums und die Kirche — ein nettes Trifolium!

Als der Reichstagspräsident dem Abgeordneten Liebknecht das Wort gab, trat allgemeine Spannung im Hause und auf den Tribünen ein — man erwartete vielfach eine sogenannte große Rede. Davin läutete man sich allerdings; aber eine noch so bedeutende Rede würde nicht die Wirkung gehabt haben, als nachstehende Erklärung, die Liebknecht Namens der sozialdemokratischen Abgeordneten abgab:

Erklärung der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten.

Der Versuch, die That eines Bahnwärters, noch ehe die gerichtliche Untersuchung geschlossen ist, zur Ausführung eines lang vorbereiteten Reaktionsreiches zu benutzen und die „moralische Urheberchaft“ des noch unerwiesenen Mordattentats auf das deutsche Kaiser einer Partei aufzuwälzen, welche den Mord in jeder Form verurtheilt und die wirtschaftliche und politische Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig aufweist, richtet sich selbst so vollständig in den Augen jedes vorurtheilslosen Menschen, daß wir, die Vertreter der sozialdemokratischen Wähler Deutschlands, uns zu der Erklärung gedrungen fühlen:

Wir erachten es mit unserer Würde nicht vereinbar, an der Discussion des dem Reichstage heut vorliegenden Ausnahmengesetzes theilzunehmen, und werden uns durch keinerlei Provocationen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, in diesem Beschlusse erheben lassen.

Wohl aber werden wir uns an der Abstimmung betheiligen, da wir es für unsere Pflicht halten, zur Verhütung eines beispiellosen Attentats auf die Volksherrschaft das Unserige beizutragen, indem wir unsere Stimmen in die Wagschale werfen.

Falle die Entscheidung des Reichstages aus wie sie wolle — die deutsche Sozialdemokratie, an Kampf und Verfolgungen gewöhnt, blickt weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbefiegbaren Sache verleiht.

Berlin, 23. Mai 1878.

Auer, Blas, Brack, Demmler, Frische, Hasenclever, Kapell, Liebknecht, Rost, Rotteler, Rittinghausen.

Diese Erklärung wirkte geradezu verblüffend auf die Mitglieder des Bundesraths und des Reichstags.

Allseitig hatte man sich vorgenommen, über die Sozialdemokratie in der persönlichsten und schärfsten Weise herzufallen; durch die würdige Erklärung der sozialdemokratischen Abgeordneten aber war solchem Vorhaben von vornherein die Spitze abgebrochen worden — und nur Einer im deutschen Reichstage, der Fortschrittsabgeordnete Herr Eugen Richter, ließ seiner angeborenen Schmähsucht die Zügel schießen!

Die konservativen Redner, die Bundesrathsmitglieder und einige reaktionäre, liberale Professoren, welche für die Vorlage eintraten, waren um Gründe nicht verlegen. Die Sozialdemokratie bedroht die bestehende Ordnung, deshalb muß sie vernichtet werden; das Mittel, welches wir vorschlagen, ist allerdings kein allzu lautes, auch kein glücklich gewähltes, auch vielleicht nicht einmal ein wirksames, aber wir haben kein anderes, deshalb muß es gebraucht werden. Das war thatsächlich Alles, was von den Anhängern der Vorlage vorgebracht worden ist.

Die Gegner der Vorlage, die Liberalen und das Centrum, ließen es sich auch nicht nehmen, auf die Gefahren, welche die Sozialdemokratie bringe, hinzuweisen; — sie betonten, daß man letzterer mit allen Mitteln entschieden entgegenzutreten müsse, aber die Vorlage sei unannehmbar, weil sie ungeschickt und vorzüglich deshalb, weil sie, zum Gelebe erhoben, wirkungslos sei. Ja, man behauptete sogar — und wir glauben nicht mit Unrecht — daß nach der Annahme der Vorlage die Sozialdemokratie noch mehr wachsen und gedeihen werde und daß die Gefahren, von denen man jetzt schon hebe, in anderer und furchtbarer Gestalt nahe treten würden. Die von den geistlichen Bahnen durch eine Ausnahmengesetzgebung abgedrängte sozialdemokratische Bewegung werde auf den Weg der geheimen Conspiration und somit auf den Weg der Gewalt hingeführt. Attentate, Putsch, Rebellionen würden dann eine stehende Rubrik in den Tagesereignissen finden.

Neben solchen Betrachtungen aber wurde besonders von Seiten der nationalliberalen Redner der Regierung empfohlen, die bestehenden Gesetzesvorschriften bis an die äußerste Grenze der Zulässigkeit anzuwenden. Als wenn dies nicht schon längst geschehen wäre? Als wenn nicht schon längst die Polizeilagitation der Sozialdemokratie gegenüber die äußerste Grenze der Zulässigkeit überschritten hätte?

In richtiger Würdigung dieses Vorwurfs, den deutschen Regierungen gemacht, trat der preussische Polizeiminister Culenburg demselben entschieden entgegen, indem er betheuerte, daß die Regierungen von den bestehenden Gesetzen den denkbar ausgiebigsten Gebrauch gegen die Sozialdemokratie bisher gemacht hätten, daß dies aber nicht genügt habe, deshalb sei ja gerade dies neue, schärfere Gesetz vorgelegt worden. Wenn man aber das Gesetz ablehne und dennoch schärfere Polizeizügel haben wolle, so könne er auch damit dienen; er wolle dann schon dahin wirken, daß die vorhandenen Mittel bis an die äußersten Grenzen der Möglichkeit in Anwendung gebracht würden. An den Widerspruch, der in solchen Äußerungen liegt, stößt sich ein reaktionärer Minister ebenso wenig, wie ein liberaler Abgeordneter sich an den inneren Widerspruch stößt, der darin liegt, wenn man ein Ausnahmengesetz gegen eine politische Partei ablehnt, diese selbe Partei aber unter ganz besondere Polizeiaufsicht gestellt sehen will.

Werkwürdig war, daß sich für den von den Juristen der liberalen Parteien seiner Form halber so hart mitgenommenen Gesetzentwurf kein einziger Jurist des Bundesraths erhob, obwohl Herr Friedberg, der Mitvater desselben, während der ganzen langen Debatten sich im Reichstage befand.

Die Verhandlungen wurden am 23. Mai nicht zu Ende geführt. Donnerstag den 24. Mai wurden sie wieder eröffnet und zum Schluß gebracht. An diesem letzteren Tage hatten noch einige „liberale“ Professoren einen Abänderungsvorschlag vorgelegt, der dem Regierungsvorschlag wie ein Ei dem andern ähnlich sah.

Bei der Abstimmung wurde dieser Professoren-Entwurf, welcher in § 1 statt „welche die Ziele der Sozialdemokratie verfolgen“ zu lesen vorschlägt, „welche den auf Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie dienen“, mit 243 gegen 60 Stimmen abgelehnt; sechs Mitglieder enthielten sich der Abstimmung und zwar die nationalliberalen Abgeordneten Baehr (Kassel), v. Gumb, v. Huber, Strudmann, Dr. Wagner und Witte; für das Amendement stimmten die Deutschkonservativen, die Minister Falk und Friedenthal, die deutsche Reichspartei bis auf die Abgeordneten Schlomka und Dieffenbach, von den Nationalliberalen nur Gneist, Koeller (Schwerin) und v. Treitschke, ferner Beseler.

Hierauf wurde der § 1 der Bundesraths-Vorlage mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt; der Abstimmung enthielt sich der Abg. Dr. Gneist, dafür stimmten die Deutschkonservativen, die deutsche Reichspartei bis auf die Abgg. Graf Lurzburg, Schlomka und Dieffenbach, von den Nationalliberalen allein v. Treitschke sowie der „wilde“ Beseler. Für den Paragraphen 1 der Vorlage stimmten überhaupt: Ademann, Graf Arnim, v. Bärensprung, v. Batocki, v. Behr, Dr. Beseler, v. Bethmann-Hollweg, Graf Bethusy, v. Basse, Fürst zu Carolath, Clauswitz, v. Colmar, Dieke, Graf Dohna, Freiherr v. Ende, Graf v. Eulenburg, Dr. Falk, Flügge, Graf Falkenburg, Dr. Friedenthal, v. Gerlach, v. Gordon, v. Gravenitz, Fürst Hagfeld, Heinrich, v. Hellborn, Graf Holstein, v. Jagow, v. Kardorff, Kah, Klette, Graf Kleist, v. Knapp, v. Levetzow, Dr. Lucius, v. Lüderig, Freih. v. Mantuffel, Marcard, Graf Moltke, Fürst Pleß, v. Puttkammer (Lübben), Herzog v. Ratibor, v. Ravenstein, Reich, v. Schmidt (Württemberg), v. Schwarz, Staeslin, Staudy, Graf Udo Stolberg, Stamm, v. Treitschke, Thilo, Uhden, Freiherr von Unruhe-Bomst, Freiherr v. Warndörfer, v. Waldam, v. Wedell und Wichmann. Von diesen sind 48 gewählt in Preußen, je 4 in Sachsen und Württemberg und 1 in Baden.

Die Namen der Herren, welche für das Ausnahmengesetz gestimmt haben, seien dem Volke hiermit zu ganz besonderer Beachtung empfohlen.

Der Reichskanzleramts-Präsident erklärte nun, daß die verbündeten Regierungen keinerlei Gewicht mehr auf die Abstimmungen über die anderen Paragraphen des Gesetzes legten, und es wurde deshalb die Beratung eingestellt. Das Ausnahmengesetz war somit vorläufig beseitigt.

Daß die Reichsregierung eine Blamage erlitten, wer möchte es bestreiten; aber auch den sämtlichen Parteien, außer der sozialdemokratischen, ist die Blamage nicht erspart worden, da dieselben aus Anlaß eines Attentats, verübt von einem verlotterten, halbwahnsinnigen Durchein, zu den bestigsten, unmotivirtesten Angriffen auf die Sozialdemokratie sich verleiteten, da sie den Schutz der Polizei für sich anriefen, diese Polizei aber auf die Sozialisten zu hegen versuchten, ja, dieselbe Polizei, welche in der Sozialistenbege schon so Außerordentliches geleistet hat.

Aber damit noch nicht genug! Für die nächste Zukunft ist die Einbringung eines allgemeinen deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzes der Regierung empfohlen worden, welches bei der reaktionären Stimmung, die gegenwärtig vom Conservatismus bis zum Fortschritt in allen Parteien herrscht, gewiß ultra-reaktionär ausfallen wird — möge es so ausfallen, wenn seine Bestimmungen nur klar sind, so daß die Polizeiwilktür bei seiner Auslegung, wie jetzt so oftmals, nicht mehr den Ausschlag geben kann.

Die Sozialdemokratie aber ist aus dem großen Kampfe als Siegerin hervorgegangen und sie wird Siegerin bleiben — „an Kampf und Verfolgungen gewöhnt, blickt sie weiteren Kämpfen und Verfolgungen mit jener zuversichtlichen Ruhe entgegen, die das Bewußtsein einer guten und unbefiegbaren Sache verleiht.“

Die Gewerkschaften.

Von Freunden der Gewerkschaftsfrage ist wiederholt der Vorwurf ausgesprochen worden, die deutschen Sozialdemokraten verständen zum großen Theil nicht die Gewerkschaftsbewegung und würdigten sie deshalb nicht genügend. Wir müssen gestehen, daß der Vorwurf nicht ganz unbegründet ist. Nur zu oft begegnen wir der Ansicht, daß die Gewerkschaften, wenn überhaupt nöthig, eigentlich nur nothwendige Uebel, und bloß als Anhängel der politischen Partei, als Rekrutierungsfeld der Sozialdemokratie zu dulden seien.

Nichts kann verkehrter sein als diese Anschauung. Es ist wahr, die Arbeiter bedürfen der politischen Organisation, wenn sie den ihnen gebührenden Einfluß im Staat erringen und die zur Befreiung der Arbeit und Arbeiter erforderlichen Reformen durchsetzen wollen. Allein ebenso wahr ist, daß eine politische Organisation nicht leicht darauf rechnen kann, das Gros des arbeitenden Volkes in sich zu vereinigen, dauernd zu vereinigen, während dies, wie das Beispiel Englands gezeigt hat, bei einer gewerkschaftlichen Organisation sehr wohl möglich ist. Wenn man den raschen Herfall der eine Zeitlang scheinbar so mächtigen, weil Millionen umfassenden Chartistenbewegung, mit der bewundernswürdigen Zähigkeit vergleicht, welche die englischen Trades' Unions im Kampf gegen das Kapital seit vollen zwei, wo nicht mehr Menschenaltern entwickelt, springt diese Thatsache hell in die Augen. Sie bietet nichts Erstaunliches. Das Interesse ist die — mehr oder weniger verborgene oder sich verbergende — Triebfeder, wenn auch nicht aller menschlichen, doch aller politischen und gesellschaftlichen Handlungen, und daß der Masse der Arbeiter das Interesse, welches sie an einer gewerkschaftlichen Organisation haben, weit leichter klar zu machen ist, als ihr Interesse an einer politischen Organisation, das liegt auf der Hand.

Bei jener handelt es sich um, zum Theil ziemlich entfernte, dem Ungebildeten, Denkgewöhnlichen schwer verständliche Ziele, welche das Interesse des Einzelnen nicht direkt berühren; bei dieser um nächste, Jedem verständliche Ziele, und die direktesten, dem Blödesten erkennbaren, weil sich fühlbar machenden Interessen.

Die Zahl der Arbeiter, die von Staat und Gesellschaft klare Begriffe haben, ist relativ gering; wohingegen es nur äußerst wenig Arbeiter giebt, die von ihrem Gewerke und ihrer Stellung zu demselben und in demselben nicht klare Begriffe hätten. Wir glauben nicht zu übertreiben: auf je einen Arbeiter, der über das Wesen des Staats und der Gesellschaft correct urtheilt und sprechen kann, kommen zum Mindesten zehn, die über ihr besonderes Gewerke correct urtheilen und sprechen können. Daraus folgt, daß es zehnmal so leicht ist, die Arbeiter für eine Gewerkschaftsorganisation als für eine politische Organisation zu gewinnen. Wende man uns nicht ein, wie man das mitunter hört: durch die Betheiligung an einer Gewerkschaft würden die Arbeiter von den höheren Zielen der politischen Bewegung, also von der Sozialdemokratie abgelenkt. Das ist durchaus nicht richtig. Geleugnet soll nicht werden, daß die Gewerkschaftsbewegung in guten und ruhigen Geschäftszeiten leicht einen philisterhaften Charakter annimmt, allein unsere herrliche bürgerliche Gesellschaft hat dafür gesorgt, daß diese guten und ruhigen Geschäftszeiten nur Dasein sind in der Wüste der Krisen und der Geschäftsklosigkeit; und einmal aus diesen Dasein heraus befinden sich die Gewerkschaften im Kampf, im Klassenkampf. Tausendmal haben die englischen Trades' Unions die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit proklamirt, und tausendmal ist ihnen von dem Kapital der Klassenkampf aufgezwungen worden. Dies wird genau so lang dauern, bis jeder englische Trades Unionist eingesehen hat, daß in der heutigen Gesellschaft die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ein Nonsens, ein Luftspiel ist, daß ein klassender Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, und daß dieser Gegensatz bloß gehoben werden kann, indem die Arbeit in den Besitz der Arbeitsmittel gesetzt und genossenschaftlich organisiert wird. Das läßt sich aber ohne politische Aktion der Arbeiterklasse nicht erreichen. In demselben Moment, wo die englischen Trades Unionisten durch die Bank eingesehen haben, daß das Bourgeois-Kapital auf dem Boden der Bourgeois-Gesellschaft und des Bourgeois-Staats unbefieglich ist, in demselben Moment tritt das englische Proletariat in die politische Aktion ein.

Und wie tritt es in sie ein?

Eine festgegliederte, in hundert „Arbeitskämpfen“ erprobte, wohlgeübte Armee von fast anderthalb Millionen Streikern. Das heißt eine Macht, der, wenn sie sich mit voller Wucht auf den entscheidenden Punkt wirft, keine Regierung, kein Klassenregiment erfolgreichen Widerstand leisten kann. Mit anderen Worten: die Bürgerschaft des Sieges.

Aber noch mehr.

Gesiegt haben die Arbeiter schon oft, aber den Sieg nicht auszunützen, und deshalb umso: gestiegt. Warum? Weil die Bürgerschaft des Volks, des arbeitenden Volks sich von der politischen Bewegung fern gehalten, ja, sich ihr gegenüber feindselig verhalten hatte und im kritischen Augenblick fehlte oder gar in den Reihen der Feinde socht.

In einem Lande, welches eine Gewerkschaftsbewegung hat wie die englische, ist Wehklagen nicht zu befürchten, denn die

Mejrhahl der Arbeiter ist organisiert, der Rest unter dem Einfluße der Organisation.

Und dies bringt uns zu einem andern Punkt, der bisher leider fast gänzlich übersehen worden ist. Die Gewerkschaften sind die Krystallisationsfäden der künftigen Arbeitsordnung, die in Gewerkschaften organisirten Arbeiter die Pioniere der neuen Gesellschaft. Unsere modernen Staaten, ganz unter der Herrschaft der Bourgeoisie oder doch der Bourgeoisideen stehend, haben nirgend einen ernstlichen Versuch gemacht, das, nach Zerbrechung der Fäden und Wilden durch die „freie Conkurrenz“ geschaffene Chaos zu beendigen, dem Krieg Aller gegen Alle ein Ziel zu setzen und an Stelle der anarchischen Produktion und ungerechten Gütervertheilung eine planmäßige Produktion und gerechte Gütervertheilung einzuführen. Was die Regierungen hätten thun sollen, das haben die Arbeiter gethan, aus eigener Initiative gethan. Die Gewerkschaftsbewegung ist der erste Versuch, die chaotischen Produktionsverhältnisse zu regeln und ein „Arbeitsrecht“ zu schaffen; sie bahnt den Weg aus der Mißwirtschaft der Bourgeoisie und legt die Fundamente einer vernünftigen Gesellschaftsorganisation.

Sehen wir den Fall: die englische Arbeiterklasse wäre — was für die Arbeiter aller Länder bloß eine Frage der Zeit ist — regierungsfähig geworden. Wohlan, es bedürfte eines Dekrets von 5 Heilen, welches die englischen Gewerkschaften beauftragte, sämtliche Fabriken, Bergwerke, Eisenbahnen, Domänen, Fideikomisse in Verwaltung zu nehmen, — und der Uebergang aus der Bourgeoisiewirtschaft in die sozialistische Wirtschaft würde sich ohne alle und jegliche Störung vollziehen — zum Heil der Arbeiter, zum Heil der Gesamtheit, und namentlich zum Heil der besitzenden Klassen.

In keinem anderen Lande der Welt sind die Bedingungen so günstig — und das ausschließlich Dank der vortrefflichen, großartigen, sich über alle Arbeitszweige erstreckenden Organisation der Trades' Unions.

Also nicht länger von oben herab auf die Gewerkschaften gesehen! Nicht länger sie stiefmütterlich behandelt!

In einer gesunden, die Bürgerschaft des Erfolgs in sich tragenden Arbeiterbewegung gehört eine, das gesamte Arbeitsgebiet in allen seinen Zweigen umfassende Gewerkschaftsbewegung. Ohne sie ist kein Sieg möglich, mit ihr der Sieg gewiß.

Zweck der Gewerkschaftsorganisation ist der, die zerstreuten Glieder einzelner Gewerkschaften, z. B. Schuhmacher, Schneider, Buchdrucker, Tischler, Maurer u. s. w., zu vereinigen, gemeinsam nach Verbesserung der bestehenden Arbeitsverhältnisse zu streben, die verschiedensten Lohnverhältnisse zu regeln, d. h. Normen (Tarife) festzustellen, nach denen sich der Preis der Arbeit besser bestimmen läßt, um dadurch der Willkür in der Bezahlung der betreffenden Leistungen ein Ende zu machen, mit aller Kraft einzutreten für Aufrechterhaltung dieser selbstgeschaffenen Gesetze und die in solchem Kampfe gemäßigten Genossen zu unterstützen. Ein weiterer Zweck ist, durch die Gesetzgebung dahin zu wirken, daß eine bestimmte Arbeitszeit, ein Normalarbeitstag, und zwar vorläufig der zehnstündige eingeführt, alle regelmäßige Sonn- und Feiertagsarbeit verboten werden, sowie gänzlich Verbot der Kinderarbeit, Beschränkung der Frauenarbeit auf das derselben von der Natur angewiesene Gebiet eintrete. Auch haben es die Gewerkschaften unternommen, gegen die die freien Arbeiter schädigende Zuchtthausarbeit Front zu machen und an die gesetzgebenden Faktoren dieserhalb zu petitioniren. Wenn auch bis jetzt nur geringe Erfolge zu verzeichnen sind, so ist doch mit Befriedigung zu konstatiren, daß die Arbeiter immer klarer erkennen, wo Abhilfe geschaffen werden muß — durch die Gesetzgebung. In consequenter Folge dieser Bestrebungen haben die Mitglieder der Gewerkschaften nur solchen Reichstagsabgeordneten ihre Stimmen bei der Wahl zu geben, welche für die Interessen der Arbeiter mit aller Entschiedenheit eintreten.

Einer der Hauptzwecke des gewerkschaftlichen Lebens aber ist unstreitig das Unterstützungswesen. Es sind schon vorhanden verschiedene Kranken- und Sterbekassen, Wittwen-, Waisen-, Invaliden- und Wanderunterstützungskassen. In neuerer Zeit hat man auch die Arbeitslosen in einigen Gewerkschaften unterstützt. Die Klassen, welche solchen Zwecken dienen, sind die Fundamente der Bewegung und es bastiren alle Erfolge auf der zweckmäßigen und billigen Einrichtung derselben. Um die leider vielfach zerstreuten kleineren Orts- und anderen Klassen leistungsfähiger zu machen, geht man damit um, die Centralisation derselben herzustellen. Der am Pfingstfest in Hamburg stattfindende Gewerkschafts-Congress wird in dieser Beziehung hoffentlich eine allgemeine Organisation derjenigen Zweige der Gewerkschaftsbewegung in's Leben rufen, die allen Gewerkschaften gemeinsam sind — und das sind eben die Unterstützungskassen. Ist die Polizei auch die Gewerkschaften aus irgend welchen Gründen auf, so dürfte sie doch über solche Klassen, die auf Grund des Hilfslosensehens organisiert sind, nicht den Stab brechen können. Es muß Jedem klar sein, daß, wenn Tausende der verschiedensten Gewerkschaften in eine Kasse zahlen, für den Einzelnen der Beitrag gering und die Leistung der Kasse eine ungleich höhere sein wird, als wenn nur einige Hunderte denselben Zweck in zehn verschiedenen Vereinen befolgen.

Auch dem Genossenschaftswesen hat man seine Aufmerksamkeit zu schenken. Es sind zwar vielfach schon Genossenschaften ins Leben gerufen worden; jedoch die Erfahrung hat gelehrt, daß mit privaten Mitteln die Arbeiter mit der Kapitalmacht auf solchem Wege im Großen und Ganzen nicht konkurriren können, sondern daß endgültig der Staat die Organisation der Arbeit, die Regelung der Produktion in die Hand nehmen muß; und zwar der Staat aufgebaut auf den Prinzipien der allgemeinen, wahren Freiheit und des Rechts der Arbeit.

Der Nutzen all' dieser Bestrebungen speziell für die Arbeiter und die wohlthätigen Folgen derselben auch für die Gesamtheit leuchten jedem Vernünftigen ein.

Bezeichnend für den heutigen Staat aber bleibt es, daß sogar die Gewerkschaften demselben ein Dorn im Auge sind.

Trotz alledem bricht sich die Erkenntniß der Wahrheit unserer Prinzipien allüberall Bahn und so beginnt auch die Gewerkschaftsbewegung mehr und mehr in den Vordergrund zu treten. Die deutschen Arbeiter fangen an zu begreifen, daß sie vereinigt Nichts, vereinigt alles Erstrebenwerthe erreichen können! Wögen deshalb die Genossen sich den Gewerkschaften anschließen und dort dazu beitragen, daß die Vorbereitungen zur genossenschaftlichen Produktion, das Verständniß dafür jedem Menschen klar werden! Also, auf zur Organisation, auf zur Agitation!

